

Marzian, Johannes; Trebesch, Christoph

Research Report

Europas Verteidigung finanzieren: Was lehrt uns die Geschichte?

Kiel Policy Brief, No. 184

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Marzian, Johannes; Trebesch, Christoph (2025) : Europas Verteidigung finanzieren: Was lehrt uns die Geschichte?, Kiel Policy Brief, No. 184, Kiel Institute for the World Economy (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313630>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIEL POLICY BRIEF

Johannes Marzian, Christoph Trebesch

**Europas Verteidigung
finanzieren: Was lehrt
uns die Geschichte?**



Nr. 184 | Februar 2025

Zusammenfassung

- Europa muss seine Militärausgaben deutlich erhöhen, aber wie? Diese Frage beantworten wir mit einem Blick in die Geschichte. Wie haben Regierungen in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen reagiert? Wie wurden Aufrüstung und Kriege typischerweise finanziert - durch Schulden, Steuern oder Haushaltskürzungen? Hierzu sammeln und analysieren wir neue detaillierte Daten zu Staatsausgaben in 22 Ländern über einen Zeitraum von 150 Jahren.
- Unsere wichtigste Erkenntnis ist, dass Haushaltskürzungen, z.B. in Auswärtigen Angelegenheiten oder im sozialen Bereich, keine große Rolle spielten. Fast alle Aufrüstungen wurden kurzfristig über Defizite und höhere Steuereinnahmen finanziert. Je größer die Aufrüstung, desto stärker die Schuldenfinanzierung.
- Im Einklang mit ökonomischer Theorie sollten Deutschland und Europa die erhöhten Verteidigungsausgaben kurzfristig über Schulden finanzieren. Um die zusätzliche Schuldenlast zu bewältigen, könnten mittelfristig die Steuern erhöht, Subventionen und Steuervermeidung reduziert, und das Wachstum der Sozialausgaben begrenzt werden.
- Fiskalregeln dürfen der Verteidigung Europas nicht entgegenstehen. Ein warnendes Beispiel ist Großbritannien in den 1930ern, das auf Appeasement und eine „schwarze Null“ setzte, statt die Militärausgaben zu erhöhen. Dies führte dazu, dass Großbritannien unzureichend vorbereitet war, als Nazi-Deutschland angriff.
- Wir sollten den schwerwiegenden Fehler Großbritanniens der 1930er vermeiden und heute ausreichend in Verteidigung investieren, um Russland abzuschrecken.
- Verteidigungsausgaben sollten daher von den Fiskalregeln ausgenommen werden, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Eine weniger klare Alternative wären neue Schuldenfonds, etwa ein europäischer Finanzierungsmechanismus oder ein weiteres deutsches Sondervermögen.

Christoph Trebesch

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66
24105 Kiel
christoph.trebesch@ifw-kiel.de



Johannes Marzian

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66
24105 Kiel
johannes.marzian@ifw-kiel.de



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

Europas Verteidigung finanzieren: Was lehrt uns die Geschichte?

Johannes Marzian, Christoph Trebesch

1 Einleitung

Angesichts wachsender geopolitischer Bedrohungen muss Europa seine Militärausgaben rasch erhöhen und seine industriellen Verteidigungskapazitäten ausbauen. Dieser Policy Brief befasst sich mit den fiskalischen Hürden auf dem Weg zu diesem Ziel, d.h. mit der Frage, wie die erhöhten Verteidigungsausgaben finanziert werden können. Angesichts der hohen Staatsverschuldung, der knappen öffentlichen Kassen und der vergleichsweise hohen Steuerbelastung stehen viele europäische Länder vor ernsthaften Herausforderungen bei der Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben. Um der Debatte einen Rahmen zu geben, stützen wir uns auf ökonomische Theorie sowie auf die Ergebnisse unserer umfassenden neuen Forschungsarbeit und Datenbank über die Finanzierung von 113 Perioden militärischer Aufrüstung seit 1870 (Federle, Marzian und Trebesch, 2025).

Wir fragen: Was haben frühere Regierungen getan, als sie mit der Situation konfrontiert waren, vor der Europa heute steht - nämlich mit der Notwendigkeit, die Militärausgaben und die Verteidigungskapazitäten schnell zu erhöhen? Wir beantworten diese Frage auf der Grundlage eines einzigartigen, neuen, historischen Datensatzes zu Staatsausgaben und Finanzpolitik - „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch (2025), der detaillierte Daten zu den Staatsausgaben 22 Länder über die letzten 150 Jahre beinhaltet. Militärische Aufrüstungen werden als Episoden identifiziert, in denen das Verhältnis der Militärausgaben zum BIP stark ansteigt, d.h. um mehr als eine Standardabweichung der jährlichen Wachstumsraten. Konkret definieren wir den Beginn einer militärischen Aufrüstung für die Situation, in der die Militärausgaben im Verhältnis zum BIP in zwei aufeinanderfolgenden Jahren um jeweils mindestens 6,8% steigen. Die Aufrüstungsphase endet, wenn die Militärausgaben im Verhältnis zum BIP nicht mehr wachsen (ebenfalls in zwei aufeinanderfolgenden Jahren).

Unsere zentrale Erkenntnis ist, dass Regierungen militärische Aufrüstungen nur selten durch Ausgabenkürzungen, wie z. B. im sozialen oder außenpolitischen Bereich, finanziert haben. Stattdessen deuten sowohl Theorie als auch Empirie auf eine Mischung aus Defizitfinanzierung und Steuererhöhungen hin. Dabei gilt: Je größer die Aufrüstung war, desto stärker war die Schuldenfinanzierung. Wir verweisen auch auf den Fall Großbritanniens in den 1930er Jahren, das während dieser Periode eine Politik des ausgeglichenen Haushalts verfolgt hat und sich trotz der aggressiven Aufrüstung

Nazi-Deutschlands scheute, seine Militärausgaben stark zu erhöhen. Infolgedessen war Großbritannien nicht ausreichend vorbereitet, als der Krieg ausbrach.

Unsere Ergebnisse aus 22 Ländern decken sich weitgehend mit früheren Untersuchungen, die sich auf einzelne Länder, insbesondere die USA, konzentrieren (Goldin 1980, Hall und Sargent 2020). Unsere Analyse ist jedoch repräsentativer, da wir alle Großmächte und viele wichtige europäische Länder über lange Zeiträume hinweg untersuchen.

2 Erkenntnisse aus der ökonomischen Theorie

Die ökonomische Theorie lässt klare Aussagen über die Finanzierung von Kriegen und großen Militäraufrüstungen zu, wie zum Beispiel Hall und Sargent (2020) erörtert haben. Aus Sicht des klassischen Modells von Barro (1979) sollten Regierungen bei einer raschen Erhöhung der Militärausgaben sowohl die Steuern als auch die Kreditaufnahme erhöhen, wobei jedoch die erwartete Dauer der Aufrüstungsperiode eine wichtige Rolle spielt. Kurzfristige Aufrüstungen sollten in erster Linie durch Kreditaufnahme finanziert werden, während langfristige Ausgabenzuwächse mehr auf erhöhten Steuereinnahmen beruhen sollten, wobei die Steuerglättung in dieser Betrachtung ein wichtiges Argument ist. Im Gegensatz dazu besagt das Modell von Lucas und Stokey (1983), dass Ausgabensteigerungen für das Militär unabhängig vom Zeithorizont vollständig durch Kreditaufnahme finanziert werden sollten, wobei die Steuereinnahmen unverändert bleiben. In diesem Modell werden die Kosten der Kreditaufnahme durch eine Senkung der ex-post-Renditen auf Anleihen reduziert.

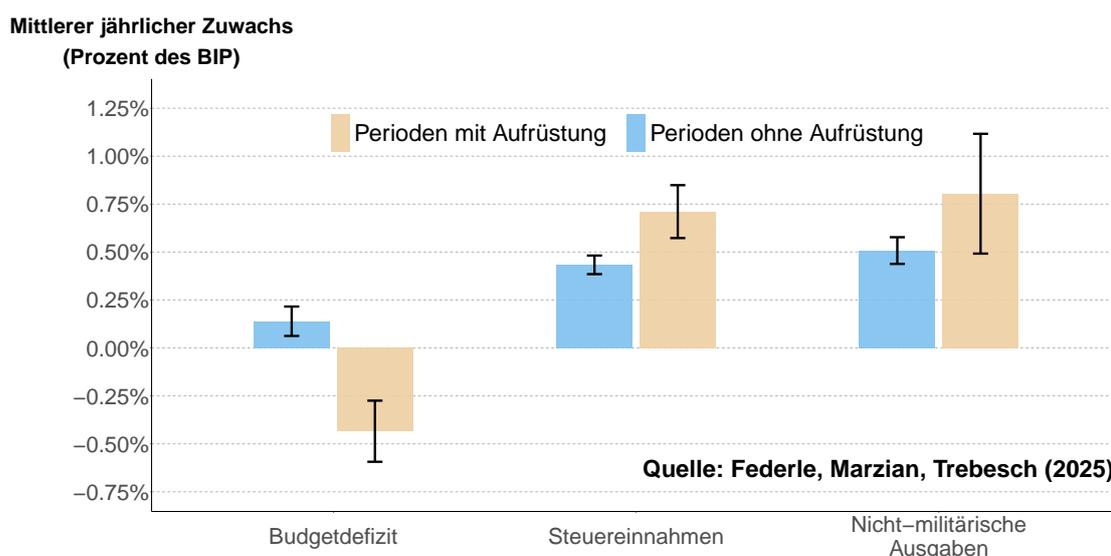
3 Wie werden Militäraufrüstungen und Kriege finanziert? Erkenntnisse aus neuen historischen Daten

Abbildungen 1 und 2 zeigen Ergebnisse unseres laufenden Forschungsprojekts von Federle, Marzian und Trebesch (2025) - der ersten systematischen Langzeitanalyse zur Finanzierung von Militäraufrüstungen und Kriegen seit dem 19. Jahrhundert. Die Analyse baut auf einer umfangreichen Datenerhebung zu detaillierten staatlichen Ausgabenstatistiken für 22 Länder und über die vergangenen 150 Jahre hinweg auf („The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch). Wir kombinieren unsere neu erhobenen Ausgabendaten mit bestehenden Daten zu Steuern und Schulden (z. B. Andersson und Brambor, 2022; Reinhart und Rogoff, 2011).

In einem ersten Schritt ermitteln wir 113 Episoden militärischer Aufrüstungen im Zeitraum 1870-2020 (ohne die außergewöhnlich großen militärischen Aufrüstungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg). Die durchschnittliche militärische Aufrüstungsperiode dauert 5 Jahre und erhöht die Militärausgaben

um etwa 1,5 Prozentpunkte des BIP, wobei viele Aufrüstungsepisoden größer sind als diese. In einem zweiten Schritt untersuchen wir dann die Finanzierung dieser Aufrüstungen, indem wir uns auf die wichtigsten fiskalischen Variablen (Defizite, Steuern, Ausgabenkürzungen) konzentrieren.

Abbildung 1: Militärische Aufrüstungen wurden durch Defizite und Steuern finanziert

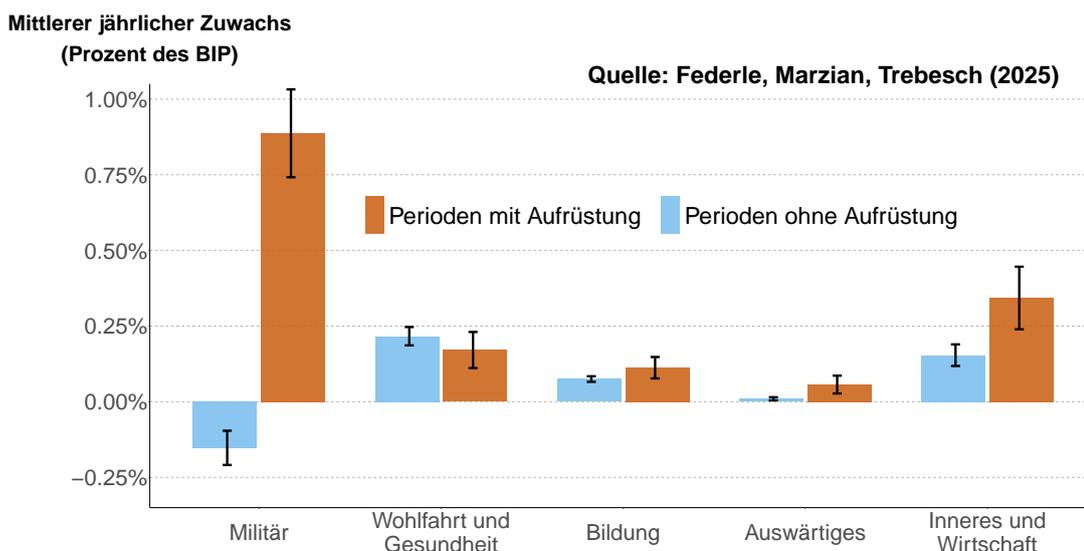


Anmerkung: Abbildung 1 zeigt die mittleren jährlichen Zuwächse während Episoden militärischer Aufrüstungen im Vergleich zu anderen Jahren. Die Median-Aufrüstungs-Episode dauert 5 Jahre und sieht eine Erhöhung der Militärausgaben um etwa 1,5 Prozentpunkte des BIP. Wir ermitteln 113 Episoden militärische Aufrüstungen von 1870-2020 (ohne die des 1. und 2. Weltkriegs). Die schwarzen Linien zeigen 90%-Konfidenzintervalle. Die Datenquelle ist „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch.

Die wichtigste Erkenntnis aus Abbildung 1 ist, dass militärische Aufrüstungen weitgehend durch Defizite und höhere Steuereinnahmen finanziert werden (Balken 1 und 2), nicht aber durch Kürzungen bei anderen staatlichen Ausgaben (Balken 3 zeigt, dass die nicht-militärischen Ausgaben im Durchschnitt eher steigen als sinken). Abbildung 2 zeigt außerdem, dass es in Zeiten umfangreicher militärischer Aufrüstungen nur in begrenztem Umfang zu einer Umschichtung der Haushaltsmittel weg von Sozial- oder Bildungsausgaben kommt und dass die Ausgaben für auswärtige Angelegenheiten, wenn überhaupt, steigen. In Federle, Marzian und Trebesch (2025) erweitern wir diese deskriptive Perspektive und führen eine umfassende ökonometrische Analyse mithilfe von Panelregressionen sowie „Local Projections“ durch. Die Ergebnisse sind nach Kontrolle für unbeobachtete Zeit- und Länderfaktoren sowie für wirtschaftliche und politische Variablen sehr ähnlich. Darüber hinaus zeigen wir die Robustheit unserer Ergebnisse in verschiedenen Spezifikationen. Zum Beispiel

führen wir Analysen unter Einbeziehung der Weltkriege, der Zeiträume vor und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie dem Ausschluss von Schwellenländern durch.

Abbildung 2: Militärische Aufrüstungen führen selten zu Ausgabenkürzungen



Anmerkung: Abbildung 2 zeigt die mittleren jährlichen Zuwächse in verschiedenen Ausgabekategorien des Zentralstaates während Aufrüstungsperioden im Vergleich zu anderen Jahren (ohne die des 1. und 2. Weltkriegs). Die Militärausgaben steigen während der Aufrüstungsphase stark an, aber Kürzungen in anderen Ausgabekategorien sind selten. Die schwarzen Linien zeigen 90%-Konfidenzintervalle. Die Daten stammen aus „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch.

4 Historische Fallstudien

Finanzierung großer Kriege - 1. Weltkrieg, 2. Weltkrieg (hohe Schuldenfinanzierung) und Korea (Steuerfinanzierung): Die Daten zeigen, dass große Kriege wie der 1. und der 2. Weltkrieg überwiegend durch Schulden finanziert wurden, wobei die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP in vielen kriegführenden Ländern drastisch anstieg. Darüber hinaus stellen wir fest, dass mehrere Länder die Steuern erhöht haben, insbesondere während der Weltkriege (Hicks et al. 1941, Stasavage und Scheve 2014), und dass Kürzungen für soziale und andere nicht-militärische Zwecke selten waren (mit Ausnahme einiger weniger Länder auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei den größten Kriegen die Schuldenfinanzierung eindeutig dominiert, während sowohl Steuern als auch insbesondere Ausgabenkürzungen eher eine untergeordnete Rolle spielen. Ein wichtiger Ausreißer ist der Korea-Krieg, den die USA überwiegend

durch Steuererhöhungen finanzierten. Während dieses Krieges stiegen die Kapitalsteuersätze um mehr als 10 Prozentpunkte auf durchschnittlich 62 %, während die Steuern auf Arbeit von 16 % auf 20 % stiegen. Ohanian (1997) kommt zu dem Ergebnis, dass die starke Konzentration auf die Steuerfinanzierung während des Koreakriegs den Wohlstand und den Verbrauch in den USA im Vergleich zu einem Szenario mit Schuldenfinanzierung verringerte.

Militärische Aufrüstung in wirtschaftlich guten Zeiten - Deutschland 1955-63 (Verschiebung der Ausgaben für Verteidigungslasten zur Bundeswehr): Mehr als ein Dutzend Aufrüstungen in unserem Datensatz fanden in Zeiten mit sehr hohem Wirtschaftswachstums statt. Ein Beispiel für eine solche militärische Aufrüstung in wirtschaftlich guten Zeiten ist die Wiederbewaffnung Deutschlands von 1955 bis 1963. Diese Aufrüstungsperiode wurde erheblich erleichtert, da Deutschland in der Lage war, Ausgaben für die Unterbringung alliierter Truppen ("Verteidigungslasten") auf inländische Verteidigungszwecke zu verlagern und so fiskalischen Spielraum für die Wiederbewaffnung zu schaffen (siehe Abbildung A2 im Anhang). Darüber hinaus profitierte Deutschland von rasch wachsenden Steuereinnahmen, die aus einem hohen BIP-Wachstums resultierten.

Großbritannien in den 1930er Jahren. Die Gefahren der Politik eines ausgeglichenen Haushalts im Angesicht eines Aggressors: Die Aufrüstung Großbritanniens in den 1930er Jahren fand unter ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen statt. Mitte der 1930er Jahre litt Großbritannien unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise, hatte eine Staatsverschuldung von über 150 % des BIP (ein Erbe des Ersten Weltkriegs) und eine Arbeitslosenquote von über 10 %. In dieser Situation reagierte die Regierung weitgehend passiv auf die aggressive militärische Aufrüstung Nazi-Deutschlands.

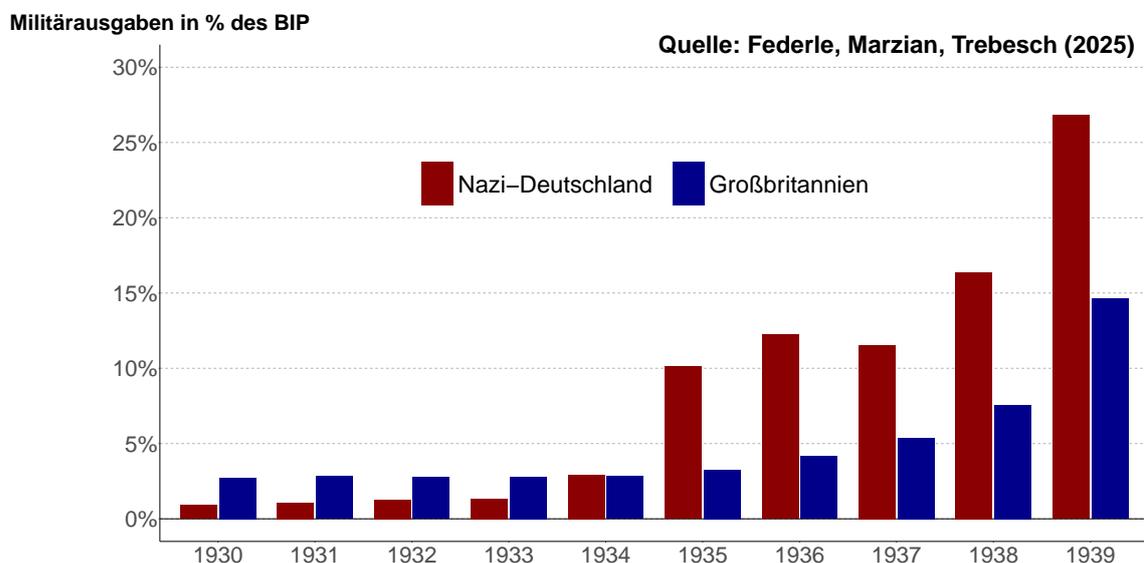
Großbritannien stellt ein warnendes Beispiel dar. Trotz der immer deutlicher werdenden militärischen Bedrohung hielt die Regierung lange an einem ausgeglichenen Haushalt fest und verringerte seine Schulden im Verhältnis zum BIP bis Ende der 1930er Jahre. Das Land stellte damit die Sorge um die Tragfähigkeit der Schulden und die Währungsstabilität über die wachsende Sorge vor einem Krieg. Unsere Daten zeigen, dass Großbritannien in seinen Haushalten Mitte der 1930er Jahre eindeutig den Militärausgaben Vorrang einräumte, indem es nicht-militärischen Ausgaben abbremste (Einfrieren der Ausgaben für Bildung oder Soziales). Das britische Finanzministerium legte jedoch regelmäßig sein Veto gegen weitere Aufrüstung ein, gegen das Drängen von Militärexperten. Dies trug maßgeblich zur britischen Appeasement-Politik bei. Shay (1977) zeigt, wie die Beamten des britischen Finanzministeriums die Verteidigungsausgaben streng kontrollierten und nicht bereit waren, Kompromisse beim ehernen Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts einzugehen, der das britische Wirtschaftsdenken über Jahrzehnte geprägt hatte. Infolge der vorsichtigen britischen Finanzpolitik

wuchsen die Militärausgaben im Verhältnis zum BIP nur sehr langsam und beschleunigten sich erst nach 1937 und insbesondere 1938, als Großbritannien ebenfalls begann, hohe Schulden zu machen.

Im Vergleich zu Hitler-Deutschland wird deutlich, dass die drastische militärische Aufrüstung der Nazis um ein Vielfaches größer war als die zaghafte der Briten (siehe Abbildung 3), und dass sie zu einem großen Teil schuldenfinanziert war (siehe Abbildung 4). Insbesondere Mitte der 1930er Jahre finanzierten die Nazis die rasche Aufrüstung zu einem großen Teil durch die berüchtigten „Mefo-Wechsel“, die vom Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht eingeführt wurden (siehe Abbildung 4 und Abbildung A1 im Appendix). Wenn man sich die Fiskaldaten ansieht, ist es keine Überraschung, dass Großbritannien nicht ausreichend auf den Krieg vorbereitet war, als Deutschland Polen angriff.

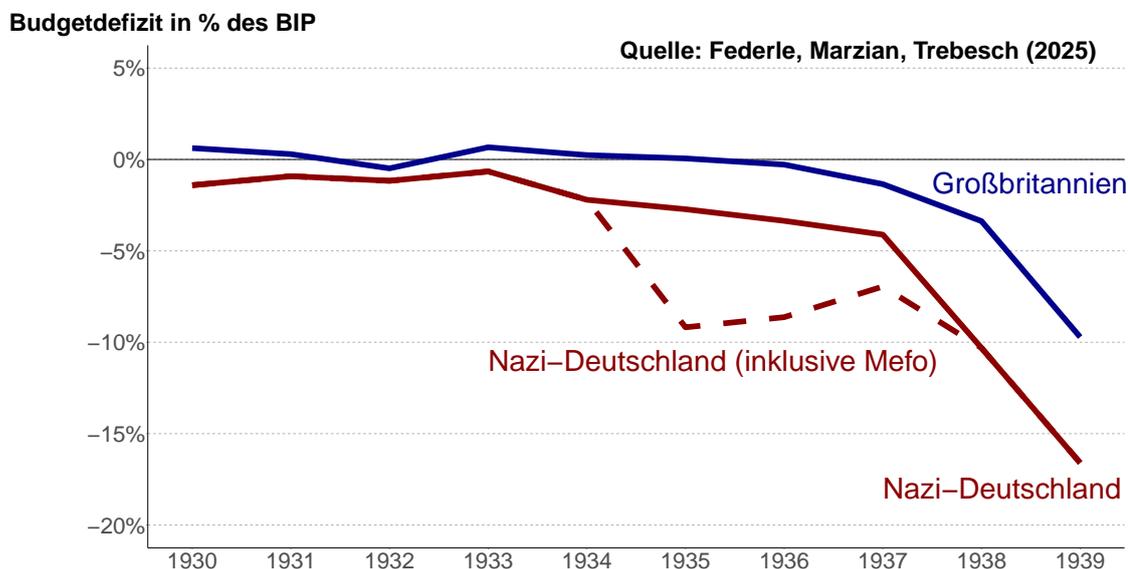
Aus heutiger Sicht war die „Fiscal First“-Politik Großbritanniens in den 1930er Jahren ein großer Fehler. Karl Polanyi fasst dies in seinem Buch *The Great Transformation* (1944, S. 246) wie folgt zusammen: „England’s military unpreparedness was mainly the result of her adherence to gold standard economics.“

Abbildung 3: Die militärische Aufrüstung Nazi-Deutschlands war viel größer als die Großbritanniens



Anmerkung: Das Diagramm zeigt die jährlichen Militärausgaben von Nazi-Deutschland und dem Vereinigten Königreich in den 1930er Jahren. Die Balken für Nazi-Deutschland enthalten auch die Militärausgaben, die durch Mefo-Wechsel finanziert wurden. Während Nazi-Deutschland seine Militärausgaben ab 1934 deutlich erhöhte, reagierte das Großbritannien mit Verzögerung.

Abbildung 4: Großbritannien hatte einen ausgeglichenen Haushalt - Nazi-Deutschland große Defizite



Anmerkung: Das Diagramm zeigt die jährlichen Haushaltsdefizite in Deutschland (rote Linie) und im Vereinigten Königreich (blaue Linie) in den 1930er Jahren. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 begann das deutsche Haushaltsdefizit merklich zu wachsen, insbesondere wenn man die Finanzierung durch Mefo-Wechsel (gestrichelte rote Linie) berücksichtigt. Im Gegensatz dazu verfolgte das Vereinigte Königreich lange Zeit eine Politik des ausgeglichenen Haushalts und begann erst in den späten 1930er Jahren, seine Defizite erheblich zu erhöhen. Die Daten stammen aus „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch.

5 Politikempfehlungen

Unsere laufende Forschung, die in diesem Policy Brief zusammengefasst wird, liefert drei zentrale Erkenntnisse: 1. Es gibt nur sehr wenige Fälle, in denen militärische Aufrüstungen von Ausgabenkürzungen im Haushalt begleitet wurden. 2. Stattdessen spielen Defizitfinanzierung und Steuererhöhungen eine zentrale Rolle. 3. Je größer die militärische Aufrüstung, desto stärker setzen Regierungen auf Defizit- und Schuldenfinanzierung. Diese Erkenntnisse stehen im Einklang mit der ökonomischen Theorie, die eine Mischung aus Defizit- und Steuerfinanzierung nahelegt, wobei die Defizitfinanzierung insbesondere bei kurzfristigen Aufrüstungen eine entscheidende Rolle spielt.

Kurzfristig sollten Europa und Deutschland daher auf Schuldenfinanzierung setzen, um die Verteidigungsausgaben und militärischen Kapazitäten rasch zu erhöhen. Verteidigungsausgaben sollten daher von den fiskalischen Regeln sowohl in Deutschland als auch in Europa ausgenommen werden. Eine weniger klare Alternative wären neue schuldenfinanzierte Fonds, etwa ein europäischer Finanzierungsmechanismus oder ein weiteres deutsches Sondervermögen. Letztendlich entscheidend

wird jedoch sein wie effektiv neu geliehenes Geld ausgegeben wird, insbesondere welche Waffensysteme gekauft und wie effizient diese beschafft werden.

Um die gestiegene Schuldenlast mittelfristig zu bewältigen, könnten Regierungen die Steuern erhöhen, Steuervermeidung und -ausnahmen reduzieren und das Wachstum konsumtiver Staatsausgaben wie Sozialtransfers und Subventionen vorübergehend einfrieren. Zudem könnten Verteidigungsausgaben wachstumsfördernde und innovationssteigernde Effekte haben (Ilzetzki, 2025), was wiederum das BIP und die Steuereinnahmen erhöht und die Schuldenquote senkt.

Sich primär – oder ausschließlich – auf Haushaltskürzungen als Finanzierungsinstrument zu stützen, widerspricht der Evidenz über die letzten 150 Jahre. Insbesondere die deutsche Regierung sollte vermeiden, die schwerwiegenden Fehler Großbritanniens in den 1930er Jahren zu wiederholen, und nicht auf einer Politik der „schwarzen Null“ bestehen. Andernfalls steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die militärische Aufrüstung zu gering ausfällt, um der wachsenden russischen Aggression wirksam entgegenzuwirken. Für die Demokratien Europas ist die zentrale Lehre aus den 1930er Jahren, entschlossen und schnell zu handeln, da ein größerer Krieg in Europa um ein Vielfaches kostspieliger wäre als Investitionen in eine wirksame Abschreckung (Federle et al., 2024).

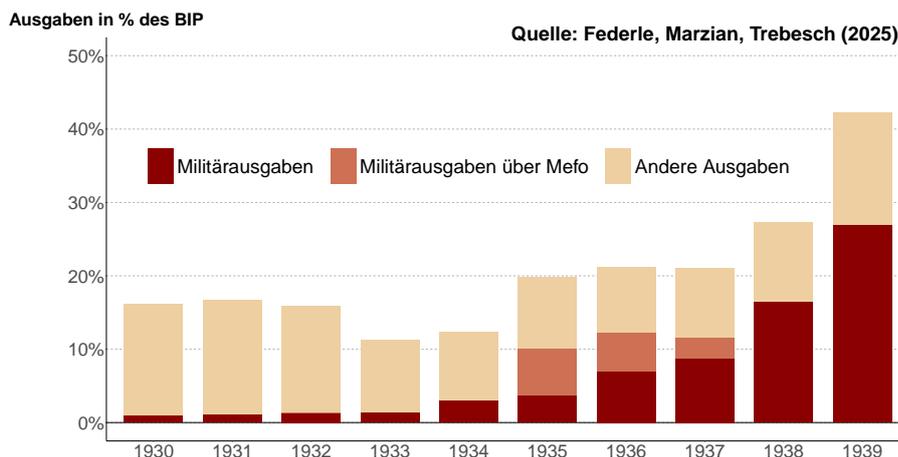
References

- Andersson, Per F. and Thomas Brambor (2022). “Financing the State: Government Tax Revenue from 1800 to 2012”. Unpublished Manuscript.
- Barro, Robert J. (1979). On the Determination of the Public Debt. *Journal of Political Economy* 87.5, pp. 940–971.
- Federle, Jonathan, Johannes Marzian, and Christoph Trebesch (2025). “Guns vs Butter”. Unpublished Manuscript.
- Federle, Jonathan, André Meier, et al. (2024). *The Price of War*. Discussion Paper 18834. CEPR.
- Goldin, Claudia D. (1980). “War”. *Encyclopedia of American Economic History: Studies of the Principal Movements and Ideas*. Ed. by Glenn Porter. Vol. 1. C. Scribner’s Sons, pp. 935–957.
- Hall, George J. and Thomas J. Sargent (2020). *Debt and Taxes in Eight U.S. Wars and Two Insurrections*. Working Paper 27115. NBER.
- Hicks, John, Ursula Hicks, and Laszlo Rostas (1941). *The Taxation of War Wealth*. Oxford: Calderon Press.
- Ilzetzki, Ethan (2025). *Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups*. 2. Kiel Report, Kiel Institute for the World Economy.
- Lucas, Robert Jr. and Nancy L. Stokey (1983). Optimal Fiscal and Monetary Policy in an Economy Without Capital. *Journal of Monetary Economics* 12.1, pp. 55–93.
- Marzian, Johannes and Christoph Trebesch (2025). “The Global Budgets Database Project”.
- Ohanian, Lee (1997). The Macroeconomic Effects of War Finance in the United States: World War II and the Korean War. *American Economic Review* 87.1, pp. 23–40.
- Reinhart, Carmen M. and Kenneth S. Rogoff (2011). From Financial Crash to Debt Crisis. *American Economic Review* 101.5, pp. 1676–1706.
- Scheve, Kenneth and David Stasavage (2010). The Conscription of Wealth: Mass Warfare and the Demand for Progressive Taxation. *International Organization* 64.4, pp. 529–561.
- Shay Robert Paul, Jr. (1977). *British Rearmament in the Thirties: Politics and Profits*. Princeton Legacy Library. Princeton University Press.

A Appendix

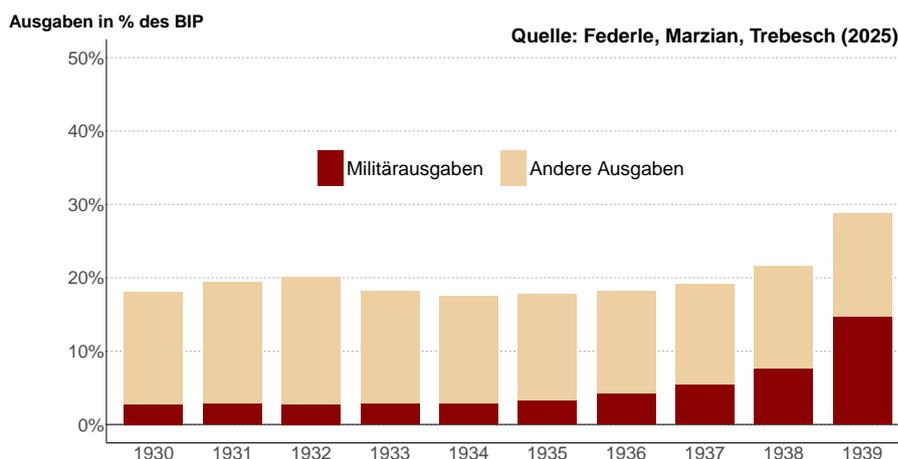
Abbildung A1: Staatsausgaben in Nazi-Deutschland und Großbritannien, 1930-39

Panel A: Staatsausgaben Nazi-Deutschland in % des BIP



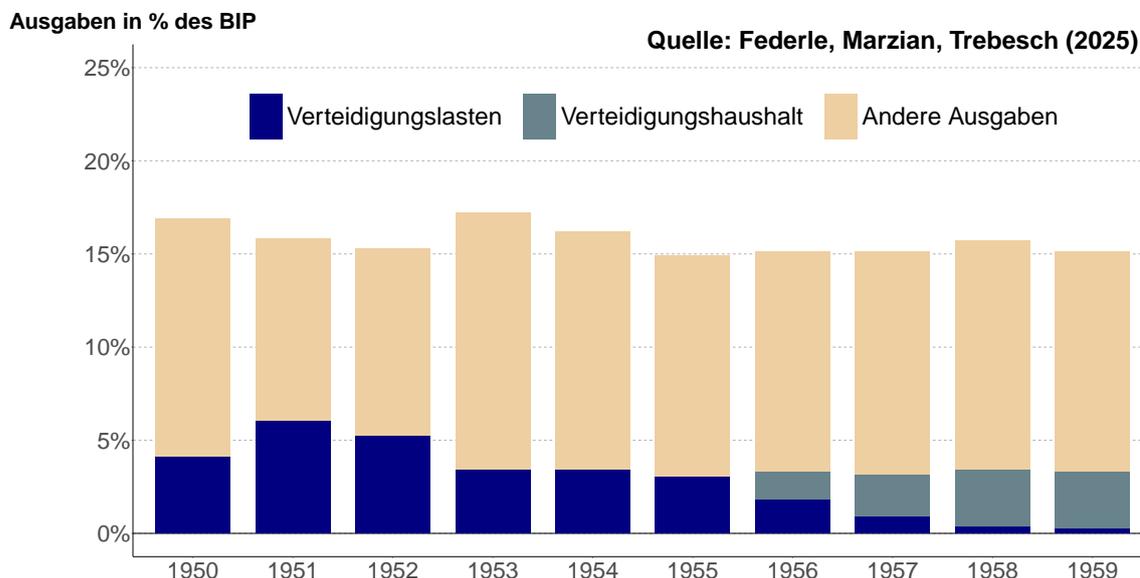
Anmerkung: Mefo-Wechsel funktionierten wie folgt: Die Rüstungsindustrie produzierte Rüstungsgüter und unterzeichnete zur Bezahlung Wechsel bei der Metallurgische Forschungsgesellschaft („Mefo“) und privaten Banken. Die Unternehmungen, die diese Wechsel besaßen, konnten sie entweder behalten oder bei Banken einlösen. Diese wiederum behielten meistens die Wechsel, konnten sie aber jederzeit bei der Reichsbank neu diskontieren. Die Mefo-Wechsel waren somit eine Form von Kredit der Industrie an die Nazi-Regierung.

Panel B: Staatsausgaben Großbritannien in % des BIP



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die jährlichen Ausgaben in Prozent des BIP in Nazi-Deutschland (Panel A) und Großbritannien (Panel B) während der 1930er Jahre. Die roten Balken stellen die Militärausgaben dar und die hellbraunen Balken alle anderen Ausgaben, z. B. für Soziales, Auswärtiges oder Zinszahlungen. Die hellroten Balken in Feld A in den Jahren 1935 bis 1937 zeigen die Militärausgaben der Nazis, die durch Mefo-Wechsel finanziert wurden. Mefo-Wechsel spielten eine Schlüsselrolle im Aufrüstungsprozesses der Nazis. Die Daten stammen aus „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch.

Abbildung A2: Deutschland, 1950-1959: Verlagerung der Ausgaben für Verteidigungslasten zur Bundeswehr



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die jährlichen Ausgaben des Bundes in Prozent des BIP in Deutschland in den 1950er Jahren. Die blauen Balken stellen die Ausgaben für die sogenannten „Verteidigungslasten“ dar, die für die Unterbringung alliierter Truppen verwendet wurden. Die hellbraunen Balken zeigen andere Arten von Ausgaben an, einschließlich Soziales, Außen- und Innenpolitik sowie Zinszahlungen. Die hellblauen Balken zeigen die Ausgaben aus dem „Einzelplan 14“ (Verteidigungshaushalt) der Bundesrepublik Deutschland, beginnend mit der Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955. Die Grafik veranschaulicht eine Verschiebung der Mittel von der Unterbringung alliierter Truppen hin zum Einzelplan der Bundeswehr. Die Daten stammen aus „The Global Budgets Database“ von Marzian und Trebesch.

IMPRESSUM

Institution und Anschrift:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66, 24105 Kiel
Telefon: 0431 / 8814 – 1
Telefax: 0431 / 8814 – 500
E-Mail: info@ifw-kiel.de

Standort Berlin:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Chausseestraße 111, 10115 Berlin
Telefon: +30 30830637-5
Email: berlin@ifw-kiel.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft —
Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler
ökonomischer Herausforderungen ist eine
rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen
Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Gesetzliche Vertretung:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident, Wis-
senschaftlicher Direktor
Birgit Austen, Geschäftsführende Administrative
Direktorin
Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizepräsi-
dent[1em]

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

DE 251899169

Foto:

Titelbild: © Adobe Stock / Kalyakan

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bil-
dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein
Jensendamm 5, 24103 Kiel



© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten.